Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 43. Dresden, Dienstag den 22. Februar 1910. 21. Jahrg.

Eine mißglückte Zirkusvorstellung.

Zur selben Zeit, zu der das preußische Abgeordnetenhaus die Hebung des parlamentarischen Tons beriet, versammelten sich die erlesenen Muster preußisch-politischer Hochkultur, die Direktoren des Bundes der Landwirte, zur gewohnten Heerschau im Zirkus Busch. Aber es war nichts. Im allgemeinen Niedergang scheint die agrarische Bundesleitung sogar die Kunst verlernt zu haben, politische Zirkusvorstellungen zu inszenieren. Sie hatte diesmal unglücklicherweise einem Referat des Professors Suchsland über die Reichsfinanzreform den breitesten Raum eingeräumt, und dieses Referat war so unerträglich langweilig, daß es den Hauptteil der Versammlung dabei einzuschlafen drohten, während das nachgebliebene Zehntel damit vergnügte, nach jedem dritten Wort des Herrn Professor „Schluß!“ zu rufen. Erst als das Wort „Steuerdefraudanten“ fiel, wurde wie durch einen Zauberschlage wieder alles munter und auf Professor Suchsland wurde ein kräftiges Pfui! ausgebracht. Auch sonst hat es nicht der schlimmen Langeweile an den üblichen Pfuirufen nicht gefehlt, denn es wurden nach den Aufzeichnungen eines gewissenhaften Berichterstatters mit solchen agrarischen Ehrungen bedacht: Abg. Bassermann (einmal), Abg. Böhme (zweimal), Bauernbund (zweimal), Hansabund (viermal), Juden (zweimal), Prof. Delbrück (dreimal), Straßendemonstranten (zweimal) und Sozialdemokraten (einmal).

Die Sozialdemokratie hat also noch verhältnismäßig „gut abgeschnitten“, und mit den Schwüren, gegen den roten Feind zu Felde zu ziehen, ist es auch sofo. Gab doch Herr Diederich Hahn in billigem Augenzwinkern und unter allgemeinem verständnisinnigen Gelächter zu verstehen: wenn die Freisinnigen Kandidaten scheiterten, die sich von Sozialdemokraten wenig unterschieden, so würden die Bündler bei Stichwahlen auch nicht die nötige Gewissensbisse besitzen, um einen Unterschied machen zu können.

Auch in den Reden der Bündlerführer Dr. Roesicke, Wangenheim, Diederich Hahn traten neue Momente nicht hervor. Sie priesen um die Wette die Ablehnung der Erbschaftssteuer und die Durchführung der „Reichsfinanzreform“ als eine nationale Tat“, sie wandten sich hitzig gegen den Hansabund, der eine Gründung des Großkapitalismus sei, und sie sprachen dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ihr Vertrauen aus. Natürlich war auch reichlich von Mittelstandsschutz, starker Monarchie und Christentum die Rede. Dr. Roesicke empfahl sich durch nach oben, indem er das Recht des Kaisers, den Kanzler zu ernennen nach seinem Ermessen, ohne jede Einmischung der Volksvertretung, zu ernennen, als unantastbar erklärte. Kurzum: das übliche bündlerische Register von Reaktion, agrarischer Interessenwirtschaft und demagogischer Phrase.

Nach Herrn Suchslands Referat, worin die Erbschaftssteuer nach echt wissenschaftlicher Methode als eine jüdische Erfindung nachgewiesen wurde, wollte alles flüchten. Nur die Ankündigung, daß Herr v. Oldenburg als Held des Tages noch zu Worte kommen sollte, hielt einen Teil der Besucher zurück. Doch auch dieser große Mann enttäuschte, denn er sprach nach einem vorbereiteten Text. Nichts Unwürdiges, nichts Oldenburgisches. Mit einem Wort, es war wirklich nichts!

Die verschwiegene Wahlurne.

Die vielfachen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen haben es dringend notwendig gemacht, gleichartige und das Wahlgeheimnis wirklich sichernde Wahlurnen von Reichs wegen zur Einführung zu bringen. Dabei aber widmet die Regierung dieser Angelegenheit keineswegs die Aufmerksamkeit, die ihr gebührt. Professor Siegfried-Königsberg, der sich um diese Angelegenheit seit langem bemüht, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gemacht, die mit vollem Recht darauf hinweist, daß im Interesse schleunigst sich um die Durchführung der von ihm selbst gewünschten Anschaffung von Wahlurnen bekümmern müsse. In der Eingabe wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Veranlaßt durch meine langjährigen Bestrebungen wegen Einführung guter Wahlurnen, erlaube ich mir, dem hohen Reichstage das ehrfurchtsvolle Gesuch zu unterbreiten: in den zur Beratung stehenden Etat für 1910 einen angemessenen Betrag für die Beschaffung guter amtlicher Wahlurnen zu bewilligen, damit deren Herstellung sofort in Angriff genommen werden kann, und dabei ausdrücklich festzusetzen, daß diese Wahlurnen mit doppelten Schlössern zu versehen sind, welche während der langen Dauer der Wahlhandlung verschlossen sein müssen. Unter Berücksichtigung der seitens der Parteien seit mehreren Jahren gegebenen Anregungen und der vom Reichstag früher gefaßten Beschlüsse entspricht der diesjährige Etat keine Forderung für eine seitens des Reichstages zu bewilligende Beschaffung guter amtlicher Wahlurnen, welche voraussichtlich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen wären; selbst wenn einmal die Bewilligung von Mitteln zur Förderung von mit den anzustellenden Versuchen wird nachgesucht, obgleich die Versuche wegen der dabei fortwährend erforderlichen Herstellung neuer Modelle und der Umänderung wesentlicher Bestandteile der Urnen sehr kostspielig sind. Wollte der Reichstag die Dinge ruhig lassen, wie sie wollen und erst abwarten, bis die Reichsbehörden Mittel anfordern, so würde der Reichstag frühestens erst bei der Beratung des nächsten Etats in die Lage kommen, seinen Wünschen in betreff der Wahlurnen Ausdruck zu geben. Da aber die nächsten allgemeinen Wahlen fast unmittelbar bevorstehen, so ist es für ihn dann sicher zu spät, besondere Wünsche durchzusetzen. Daher er hat nur einfach solche Modelle zu genehmigen, die vorgelegt werden — selbst wenn die ihm in Vorschlag gebrachten Wahlurnen sehr berechtigten Einwendungen unterliegen. Die Kürze der Zeit drängt dazu sogar dazu, sich nur mit dem allereinfachsten zu begnügen, was sich schnell herstellen läßt; z. B. müßte von der Verwendung doppelter Schlösser, die zur Sicherung des Wahlvorganges höchst wünschenswert sind, durchaus abgesehen werden, weil sie die Herstellung der Urnen, die im nächsten Jahre aufs äußerste beschleunigt werden müßte, enorm aufhält.

Man bedenke doch einmal, was alles dazu gehört von dem Zeitpunkt an, daß die Fabrikanten die Aufträge für die Urnen erhalten, bis zu dem Zeitpunkt, daß die Urnen fix und fertig vor den Wählern stehen. . . . Beansprucht man von den Fabrikanten bei der Herstellung der Urnen in allen Teilen die Aufwendung der größten Sorgfalt, so muß man ihnen dazu auch die richtige Zeit lassen, und zwar um so mehr, je peinlicher manche Teile der Urnen auszuführen sind, wie das zum Beispiel bei der von mir vorgeschlagenen Urnenkonstruktion der Fall ist. Bei einer so schwierigen Sachlage ist es sicherlich am besten, bereits gegen in diesem Jahre mit der Herstellung der Wahlurnen zu beginnen, sobald die richtige Auswahl unter den verschiedenen in Vorschlag gebrachten Mustern getroffen worden ist. Dann braucht die Sache nicht überhastet und behufs Abkürzung der Herstellungszeit ein sehr mangelhaftes Muster verwendet zu werden, welches doch nicht (etwa infolge Weglassung der Schlösser) die gehörige Sicherheit gegen Mogeleien gewährt. Gerade dieses ist aber sehr zu befürchten, wenn der Reichstag sich nicht energisch genug dieser Angelegenheit annimmt, die doch im wörtlichsten Sinne seine eigene Angelegenheit ist. Man bedenke doch, es handelt sich um die ungeheure Menge von 60 000 Wahlurnen, deren Herstellung selbst bei einem über 1½ Jahr sich erstreckenden Zeitraum bedeutende Schwierigkeiten bereitet — wieviel mehr aber noch, wenn sie sich infolge mangelnder Voraussicht innerhalb weniger Monate abwickeln soll?

Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder. Er stellt seine Geschäftsordnung fest. In seinen eigenen Angelegenheiten ist er sonach souverän. Danach müßte er auch das Recht haben, die Beschaffenheit der Wahlgefäße, aus denen er hervorgehen will, festzusetzen. Ihm kann nicht zugemutet werden, Mitglieder unter sich zu dulden, bei deren Wahl unwürdige Praktiken, im vorliegenden Fall also schlechte Wahlurnen, ausschlaggebend gewesen sind. Was sehen wir aber in Wirklichkeit? Die Reichsbehörden, die dem Reichstage bei seinen Bemühungen helfen sollten, aus reinen und unverfälschten Wahlen hervorgehen, ziehen die Sache so enorm in die Länge, daß im letzten Augenblick, wenn eine Abänderung der von den anderen Faktoren der Gesetzgebung gefaßten Beschlüsse wegen der Kürze der Zeit gar nicht mehr möglich ist, dem Reichstage nichts weiter übrig bleibt, als Ja und Amen zu sagen, mögen auch die von jenen vorbereiteten Bestimmungen so unzweckmäßig wie möglich und nur vom vorwiegenden Gesichtspunkt der möglichsten Bequemlichkeit der mit der Handhabung betrauten Behörden getroffen sein. Eine solche Mundtotmachung des Reichstags haben wir bereits bei der Einführung der Wahlkuverts im April 1903 gesehen, wo man der Sache ohne jede Abänderung zustimmen mußte, weil keine Zeit mehr war, und eine ebensolche Mundtotmachung und die Einführung von nicht sehr zweckmäßigen Wahlurnen, die ihm selbst sehr unsympathisch sind, wird der Reichstag jetzt wieder erleben, wenn er die Sache nicht selbst in die Hand nimmt und einen Kostenbetrag für die Wahlurnen in den Etat einstellt.“

Professor Siegfried gibt dann eine Beschreibung der von ihm selbst konstruierten Wahlurnen mit doppelten Schlössern. Wir können uns der Forderung, daß der Reichstag diese Sache schleunigst und sorgsam beachten solle, nur anschließen.

Eine hilflose Thronrede.

London, 21. Februar. Die Eröffnung des neuen Parlaments begann mit der vom König verlesenen Thronrede. Zu den innerpolitischen Fragen sagt sie in der Hauptsache: Der Etat des folgenden Jahres wird Ihnen in gebührender Zeit vorgelegt werden. Er ist mit dem innigsten Wunsche nach Sparsamkeit aufgestellt worden, aber die Erfordernisse haben es nötig gemacht, eine wesentliche Erhöhung der Marineausgaben vorzuschlagen. Da für die vom letzten Parlament genehmigten Ausgaben die Einnahmen nicht durch Steuern beschafft worden sind, hat man unter Zustimmung des Parlaments zu einer zeitweiligen Anleihe seine Zuflucht nehmen müssen. Es müssen aber Anordnungen getroffen werden, um so bald wie möglich der so geschaffenen finanziellen Lage zu begegnen. Die Thronrede erwähnt sodann die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Unter- und dem Oberhause. Es würden Vorschläge unterbreitet werden, um die Beziehungen zwischen den beiden Häusern in der Richtung festzusetzen, daß dem Unterhaus ungeteilter Einfluß auf die Finanzen und das Uebergewicht in bezug auf die Gesetzgebung zustehe. Die Maßnahmen sollten nach der Meinung der Ratgeber des Königs dafür sorgen, daß das Oberhaus so zusammengesetzt werde und solche Vollmachten erhalte, daß es bezüglich der vorgeschlagenen Gesetzgebung unparteiisch die Funktionen der Initiative, der Revision und unter gewissen Sicherheiten des Ausschusses ausüben könne.

Bei Besprechung der Adresse auf die Thronrede erklärte Lord Lansdowne, wenn das Budget vom Unterhause angenommen werde, so werde dies auch vom Oberhause geschehen. Er frage die Regierung, ob sie das Mandat zu haben glaube, die Verfassung des Landes zu brechen und nur eine einzige Kammer einzuführen? Zur Erwähnung einer Reform, die das Oberhaus wirksamer mache, seien er und seine Freunde bereit. Lord Rosebery machte den Vorschlag, daß die Lords, die mit der Reform einverstanden seien, einen Reformplan einbringen möchten, ohne die Vorschläge der Regierung abzuwarten. Die Adresse wurde schließlich angenommen.

In der Debatte über die Thronrede erklärte Balfour, es sei nicht ganz sicher, was das Land in der Budgetfrage habe zum Ausdruck bringen wollen. Er frage, ob es möglich sei, eine einzige Versammlung mit der Macht zu betrauen, die Verfassung von Grund aus abzuändern. Premierminister Asquith wies auf die Kürze der Thronrede hin. Abgesehen von der nötigen Vorsorge für die Finanzen sei dies die einzige Frage, an die die Regierung heranzutreten beabsichtige. Was die Frage der sogenannten Garantien von der Krone anlange, so habe er keine solchen Garantien erhalten oder sie zu erhalten gewünscht, denn es sei die Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes, die Prärogative der Krone und den Namen des Monarchen bei der Politik möglichst aus dem Spiele zu lassen. Niemand könne bestreiten, daß im gegenwärtigen Unterhause eine überwältigende Mehrheit sich dafür verbürgt habe, die Frage des Vetos des Oberhauses zu regeln. Die Regierung schlage zunächst vor, mit Resolutionen bezüglich des Vetos vorzugehen, die später nach ihrer Annahme der Bill einverleibt werden sollten. Der Premierminister wies dann auf die zahlreichen Ausgaben hin, für die vor Schluß des Finanzjahres am 31. März gesorgt werden müsse. Die Regierung schlage daher nur eine kurze Vertagung zu Ostern vor. Das Haus werde dann weiter beraten, bis es das alte Budget und die Resolutionen bezüglich der Lords erledigt habe, worauf das Haus dann Mitte April große Ferien machen würde. Nach den Ferien würde man zu der mit den Resolutionen betr. die Lords begründeten Bill übergehen. Das frühere Budget sollte nur in einigen verhältnismäßig unwesentlichen Punkten abgeändert werden. Die Regierung wünsche, es klar zum Ausdrucke zu bringen, daß sie mit dem Budget und den Resolutionen betr. das Oberhaus stehe und falle, da sie beide Punkte als einen integrierenden Bestandteil ihrer Politik ansehe und ihre Existenz daransetzen müsse, um sie im Unterhause durchzubringen.

Der irische Nationalist Redmond erklärte, wenn die Regierung die Sicherheit gebe, daß eine Vetovorlage gegen das Oberhaus noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben werde, so würden die Nationalisten für das Budget stimmen. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

In den Wandelgängen des Unterhauses hat die Rede Redmonds eine sehr pessimistische Anschauung über die Dauer des gegenwärtigen Parlaments hervorgerufen. Allgemein heißt es, daß spätestens im Juni Neuwahlen stattfinden würden. Die Blätter halten im allgemeinen die Regierung für verurteilt und wenden sich gegen die unklare Fassung der Thronrede. Die konservativen Zeitungen erklären, das Fiasko der liberalen Regierung sei vollständiger, als sie jemals zu glauben gewagt hätten. Die liberalen Blätter geben sehr trübe Kommentare und räumen ein, daß die Liberalen von der Erklärung Asquiths enttäuscht seien und daß der Sturz der Regierung sicher sei, wofern nicht ein Einverständnis mit den Nationalisten erzielt werde, die aber voraussichtlich nicht nachgeben würden.

Die Arbeiterversicherung in Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. **Paris**, 20. Februar.

Kaum gibt es eine Reform, die so lange und so oft der Arbeiterklasse versprochen wurde, als die der Altersversicherung. Seit der Gründung der dritten Republik 1870 wurden mehr als vierzig Gesetzesvorlagen über Altersversicherung ausgearbeitet. Kein Wunder, daß die Arbeiterklasse neuen Vorschlägen gleichgültig oder skeptisch gegenüberstand.

Als die organisierten Arbeiter zweimal offiziell über ihre Meinung betreffend Altersversicherung gefragt wurden, haben sie sich fast einstimmig ausgesprochen gegen Zwangsbeiträge und Anhäufungssystem, Kapitalisation genannt, wonach bekanntlich die Versicherungsrente erst nach einer bestimmten Zeitperiode (30 bis 40 Jahren) an die Versicherten ausgezahlt wird. Dieses System hat u. a. den Nachteil, daß es dem kapitalistischen Staat binnen verhältnismäßig kurzer Frist etwa zwanzig Milliarden zur Verfügung stellt.

Der kapitalistische Staat hat in Frankreich wie auch anderswo soviel Sünden auf sein Gewissen gehäuft, daß es nicht besonders befremden soll, wenn die Volksmassen kein unbeschränktes Vertrauen zu ihm hegen. Zwar bekämpft auch die Reaktion das Prinzip der Obligation, aber aus ganz anderen Gründen. Sie lehnt sich vor allem gegen die Beiträge der Arbeitgeber auf. Sie verteidigt die kapitalistischen Interessen, während die Arbeiter keine neue Steuer zugunsten der Altersversicherung zahlen wollen. Das Alter — da die Versicherungsrente im Umfange von 360 Frank jährlich vollbezahlt wird — ist vom Senat auf 65 Jahre heraufgeschraubt worden gegenüber dem von der Kammer bestimmten Alter von 60 Jahren. Nun ist durch die Statistik festgestellt, daß etwa 8 Prozent der Arbeiter dieses Alter erreichen. 92 Prozent der Arbeiterklasse werden also von ihrem knappen Lohn gegen 20 Frank pro Familie „sparen“ müssen ohne jede Hoffnung einer Gegenleistung. Von 12 Millionen versicherter Arbeiter werden 11 Millionen ins Blaue hinein zahlen müssen. Die gesunde Logik des französischen Arbeiters vermag solche Ungereimtheit nicht zu fassen.

Das französische Proletariat fordert Altersversicherung. Aber es will, daß die Kosten durch die Belastung der Ueberreichen, durch Erbschaftssteuer usw., gedeckt werden sollen. Die Arbeiter verhöhnen die Regierungsvorlage als „die Versicherungskasse für die Toten“.

Eine leidenschaftliche Polemik entspann sich über diesen Gegenstand in der Presse, hauptsächlich in der Humanité, dem täglichen Organ der Partei, wie in der marxistischen Wochenschrift Le Socialisme. Diese Debatte nahm die Aufmerksamkeit der Partei auf dem Kongresse in Nimes (6. bis 9. Februar) fast ganz in Anspruch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100222/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG